

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten betreffend Etablierung von Kasernen als "Sicherheitsinseln"

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, den im Regierungsprogramm vorgesehenen Ausbau von Kasernen zu "Sicherheitsinseln", insbesondere in Oberösterreich voranzutreiben, um die Sicherheitsstruktur für zivile Krisenzeiten zu stärken.

Begründung

Österreich schrammt mehrmals pro Jahr haarscharf an einem landesweiten Stromausfall – dem sogenannten Black-Out – vorbei. Das bestätigen neben Energiekonzernen auch der Strom-Experte Herbert Saurugg sowie das Österreichische Bundesheer. In den kommenden fünf Jahren rechnet das Verteidigungsministerium zu 100 Prozent mit einem länger andauernden Stromausfall.

Im Katastrophenfall muss die bestmögliche Versorgung für die Bevölkerung sichergestellt sein. Die Bundesregierung sieht daher im aktuellen Regierungsübereinkommen auch vor, Kasernen künftig als "Sicherheitsinseln" auszubauen. Damit soll vor allem die Selbstversorgungsfähigkeit und die Resilienz des Bundesheeres gestärkt werden, sowie im Krisen- und Katastrophenfall eine regionale Durchhaltefähigkeit gewährleistet werden. Dadurch ist einerseits die Autarkie hinsichtlich des militärischen Eigenbedarfs gestärkt, andererseits die Sicherheitsstruktur erhöht. Dabei geht es um die Energie- und Wasserversorgung, Lagerkapazitäten sowie um die Bevorratung mit relevanten Versorgungsgütern. Neben Einsatzorganisationen profitiert davon im Krisenfall auch die Bevölkerung.

Daher wird gefordert, den Plan der "Sicherheitsinseln" rasch unter Einbindung der betroffenen haupt- und ehrenamtlichen Organisationen, des Landes, der Bezirksverwaltungsbehörden, der Gemeinden sowie der Energieversorger so umzusetzen, dass die Versorgungs- und Sicherheitsstrukturen in Oberösterreich ausreichend vorhanden sind. Die Garnisonen sollen diesbezüglich aufgerüstet werden, um bei Katastrophen flächendeckend die bestmögliche Versorgung für die Bevölkerung zu gewährleisten.

Linz, am 30. November 2020

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Gruber, Handlos, Mahr, Ratt, Wall, Bahn, Pröller, Kroiß, Lackner, Neubauer, Baldinger, Fischer, Kattnigg, Graf, Binder, Nerat, Schießl, Cramer

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Stanek, Dörfel, Hattmannsdorfer,